Stand: 12.07.2025 03:48:57

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/19278

"Schülerinnen und Schüler gut durch die Pandemie begleiten - Lehr- und Prüfungspläne überarbeiten, digitale Angebote für die Quarantäne bereitstellen, Digitaltage vorbereiten, Sonderimpfaktionen organisieren"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/19278 vom 30.11.2021
2. Beschluss des Plenums 18/19338 vom 01.12.2021
3. Plenarprotokoll Nr. 98 vom 01.12.2021

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 30.11.2021 **Drucksache** 18/**19278**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Arif Taşdelen, Ruth Waldmann** und **Fraktion (SPD)**

Schülerinnen und Schüler gut durch die Pandemie begleiten – Lehr- und Prüfungspläne überarbeiten, digitale Angebote für die Quarantäne bereitstellen, Digitaltage vorbereiten, Sonderimpfaktionen organisieren

Der Landtag wolle beschließen:

Angesichts der dramatischen Auswirkungen von Schulschließungen auf die psychische, physische und emotionale Entwicklung von Kindern und Jugendlichen hält der Landtag es weiterhin für richtig, die Schulen unter strengen Hygienemaßnahmen (Luftfilter, Masken, Tests) offen zu halten. Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, alles dafür zu tun, damit die Schulen in Bayern sichere Orte des Lernens bleiben.

Dafür ist notwendig, dass

1. das Staatsministerium für Unterricht und Kultus anerkennt, dass es sich erneut um kein normales Schuljahr handelt und bereits jetzt Lehrpläne und Prüfungen anpasst,
2. allen Schülerinnen und Schülern, die sich in Quarantäne befinden, ein geeignetes digitales Bildungsangebot gemacht wird,
3. die weiterführenden Schulen und Beruflichen Schulen die Freiheit erhalten, in eigenem Ermessen Kontaktreduzierung durch Digitaltage zu ermöglichen, wenn sichergestellt ist, dass alle Schülerinnen und Schüler trotzdem am Unterricht teilnehmen können,
4. das Staatsministerium für Unterricht und Kultus in enger Absprache mit den örtlichen Gesundheitsämtern für jede Schule Sonderimpfaktionen organisiert, um Schülerinnen und Schülern, Lehrkräften, Hausmeisterinnen und Hausmeistern, Verwaltungsangestellten, Betreuungspersonal und allen anderen, die sich an den Schulen aufhalten, ein Impfangebot zu machen. Der Sonderimpfaktion geht ein ausführliches Informationsschreiben in Form eines Elternbriefes voraus, in dem über die zukünftige und bereits jetzt schon mögliche Impfung von Kindern und Jugendlichen in vielen Sprachen breit aufgeklärt wird.

Vor einer etwaigen Verlängerung der Weihnachtsferien ist sicherzustellen, dass die betroffenen Kinder und Jugendlichen bei Bedarf betreut werden können.

Begründung:

Der Vorsitzende der Bayerischen Direktorenvereinigung Walter Baier, äußerte sich in einer Pressemitteilung vom 17.11.2021 so: „Der Wunsch nach einem normalen Schuljahr ist leider nicht Wirklichkeit geworden – und das müssen sich alle eingestehen und

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

daraus umgehend Konsequenzen ziehen.“ Im letzten Schuljahr wurden pandemiegerechte Anpassungen in den Leistungserhebungen vorgenommen. So wurde die Anzahl der schriftlichen Prüfungen zugunsten mündlicher Prüfungen reduziert, die Möglichkeiten der Einbringung von frei gewählten Leistungen ausgeweitet und die Günstigerregelung galt. Das waren und sind gute Ansätze, die zum Teil analog auf alle anderen Schularten und deren Prüfungen übernommen wurden. Darüber hinaus wurden auch neue Formen der Leistungserhebung – wie zum Beispiel das Anfertigen von Portfolios – verstärkt genutzt. Um den Druck auch in diesem Schuljahr zu verringern, müssen diese Regelungen weiter fortgeführt werden.

Die überwiegende Mehrheit der weiterführenden Schulen konnte ihren Bildungsauftrag während der Coronapandemie in großen Teilen in einer Kombination unterschiedlichster Unterrichtsformen jenseits des durchgängigen Präsenzunterrichts weitgehend erfüllen. Asynchrones Lernen, Distanzunterricht, Lernen mit digitalen Medien, Streaming-Formate, der Einsatz digitaler Lernplattformen und viele weitere neue Lehrtechniken funktionierten gut. Jetzt geht es darum, den Mehrwert dieser Formate gut zu nutzen und so für Verbesserungen zugunsten von Schülerinnen und Schülern zu sorgen. Für die Schülerinnen und Schüler der Mittel- und Oberstufen und der beruflichen Schulen und auch für alle Schülerinnen und Schüler, die sich in Quarantäne befinden, könnten sich aus einem hybriden Schulmodell Vorteile er geben. Die Fahrtwege könnten an zwei Tagen in der Woche entfallen und das Einüben von bestimmten digital gestützten Inhalten, z. B. der Berufsausbildung, könnten im Distanzunterricht simuliert werden.

Impfen ist der Weg aus der Pandemie. Deshalb ist es nötig, dass im Rahmen einer Sonderimpfaktion viel mehr Impfangebote als bisher an den Schulen gemacht werden. Diese Aufgabe können Schulleiterinnen und Schulleiter nicht alleine schultern, sondern sie müssen insbesondere für die Boosterimpfung für Lehrkräfte und weiteres schulisches Personal mit dem Dienstherrn gemeinsam mit den örtlichen Gesundheitsämtern organisiert werden.

Die Akzeptanz für die Impfung für Schülerinnen und Schüler auf der Basis der Empfehlung der Ständigen Impfkommission kann niedrigschwellig durch ein Angebot an der Schule erhöht werden. Geeignete Informationsmaßnahmen wie ein Elternbrief in verschiedenen Sprachen mit detaillierten Erklärungen wurden bisher noch nicht ergriffen und müssen daher nachgeholt werden.

Ferienverlängerungen bedeuten für Familien immer zusätzlichen Stress, weil dann die Betreuungsfrage geklärt werden muss. Diese Überlegungen müssen in die Maßnahmen mit einfließen, sollten Ferienverlängerungen unumgänglich werden.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 01.12.2021 **Drucksache** 18/**19338**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Florian von Brunn, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Arif Taşdelen, Ruth Waldmann** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 18/**19278**

Schülerinnen und Schüler gut durch die Pandemie begleiten –
Lehr- und Prüfungspläne überarbeiten, digitale Angebote für die Quarantäne bereitstellen, Digitaltage vorbereiten, Sonderimpfaktionen organisieren

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring
Abg. Margit Wild
Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher
Abg. Matthias Fischbach
Abg. Markus Bayerbach
Abg. Tobias Gotthardt
Abg. Prof. Dr. Gerhard Waschler
Abg. Anna Schwamberger
Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo
Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch
Abg. Gabriele Triebel

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild u. a. und Fraktion (SPD)
Schülerinnen und Schüler gut durch die Pandemie begleiten - Lehr- und Prüfungspläne überarbeiten, digitale Angebote für die Quarantäne bereitstellen, Digitaltage vorbereiten, Sonderimpfaktionen organisieren (Drs. 18/19278)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Bildung sichern statt Schulschließung durch die Hintertür (Drs. 18/19279)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Bayerbach, Dr. Anne Cyron, Franz Bergmüller u. a. und Fraktion (AfD)
Bildungsqualität in der Coronapandemie gewährleisten (Drs. 18/19298)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile Frau Kollegin Margit Wild von der SPD-Fraktion das Wort.

Margit Wild (SPD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir befinden uns bereits im dritten Schuljahr unter Pandemiebedingungen. Für uns Abgeordnete, für die Eltern, für die Lehrkräfte fühlt sich das schon unglaublich lange an. Für die Kinder und für die Jugendlichen ist das aber eine halbe Ewigkeit mit Kontaktbeschränkungen, ausgefallenen Klassenfahrten und Schulausflügen. Ständig andere Bedingungen an den Schulen, nicht unbedingt immer Planungssicherheit. Wie sieht mein Tag heute aus? – Diese Unsicherheit macht kein gutes Gefühl. Das macht etwas da drinnen mit den Kindern und Jugendlichen, und das zeigt sich ganz deutlich, wenn man sich die Zahlen der Kinder und Jugendlichen anschaut, die sich in psychologische Behandlung begeben, die Therapeut*innen benötigen. Ich glaube, im Mo-

ment sind die Praxen voll mit ihnen. Vielen Kindern und Jugendlichen geht es ganz einfach schlecht.

Nun sind wir wieder an diesem Punkt, weil es die Erwachsenen nicht geschafft haben, das Schutzschild für unsere Kinder und Jugendlichen zu sein. Unsere Aufgabe wäre es gewesen, uns zu impfen und für niedrige Inzidenzen zu sorgen. Das haben wir aber nicht geschafft. Ich glaube auch sagen zu können, dass die politische Führung in Bayern nicht immer gut aufgestellt war. Ich erinnere mich, wie unsere Kommunen und Sachaufwandsträger den Kampf um die Luftfilter geführt haben, und das tun sie wahrscheinlich immer noch. Und dann die politischen Signale, die im Sommer gesendet wurden. Jetzt ist er natürlich nicht da, unser stellvertretender Ministerpräsident. Diese unsäglichen Äußerungen und seine Verweigerung, aber jetzt will er sich als Tester aufspielen. Es tut mir leid, das kann ich nicht ernst nehmen. Da ist vieles in der Staatsregierung schiefgelaufen, und dieses Hin und Her, das mache ich zuallererst an dem politisch motivierten Verhalten des stellvertretenden Ministerpräsidenten fest.

(Beifall bei der SPD)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wir fordern in unserem Dringlichkeitsantrag, dass wirklich alles unternommen wird, um unsere Schulen offen zu halten.

(Beifall bei der SPD)

Es ist unsere politische und gesellschaftliche Aufgabe und Verantwortung, die Schulen zu wirklich sicheren Orten zu machen und unseren Kindern den Zugang zur Bildung zu ermöglichen. Wir haben in der Vergangenheit gelernt, dass Schulen nicht nur Lernorte sind, sondern wichtige Lebensorte.

Vorhin war ich bei den Versäumnissen der Staatsregierung. Da muss ich schon anmahnen: Man hat viel Zeit versäumt, als es darum ging, sich um das Boostern, um die Auffrischung der Impfungen zu kümmern. Da ist wirklich wertvolle Zeit verstrichen. Den Lehrkräften hätte man längst diese Angebote machen müssen. Die haben das in

Eigenverantwortung gemacht. Die pflichtbewussten und fleißigen Schulleitungen haben das Übrige dazu getan. Ein großes Dankeschön an sie und großen Respekt vor ihnen!

(Beifall bei der SPD)

Nun fordern wir natürlich auch eine Sonderimpfaktion, und zwar möglichst an den Schulen, also da, wo sich die Kinder und Jugendlichen aufhalten, mit guter Aufklärung und einem rechtzeitigen Schreiben an die Eltern, und zwar möglichst in vielen Sprachen. Das muss man der Staatsregierung und dem Ministerium immer wieder sagen, denn da fehlt es gewaltig. Ja, da fehlt es gewaltig. Das sagen uns die Schulleitungen bei jedem Besuch.

Außerdem fordern wir – da wiederholen wir uns, aber da muss man sich auch wiederholen –, dass das Ministerium auch dieses Mal anerkennt, dass es sich wieder nicht um ein normales Schuljahr handeln wird. Man muss wieder an die Zahl der Leistungsnachweise heran, man muss den Druck herausnehmen und Abstriche machen. Vielleicht sollte man heute schon Überlegungen dazu anstellen, wie man das mit den Abschlussprüfungen macht, wie da die Modalitäten sein werden. Ich glaube nämlich, das kommt immer kurz vor knapp. Ich glaube aber, jetzt muss man sich da an die Arbeit machen.

Eine Sache ist uns besonders wichtig: Mittlerweile haben wir etwa 30.000 Schülerinnen und Schüler in Quarantäne. Ihnen müssten gute digitale Bildungsangebote gemacht werden. Das haut aber nicht hin, das funktioniert bisher in weiten Teilen überhaupt nicht, entweder weil die digitalen Endgeräte nicht da sind, oder weil die ganzen Clouds, die aufgesetzt worden sind, nicht funktionieren. Ich bin gespannt, wie das mit dieser BayernCloud funktioniert. Ich bin eigentlich immer optimistisch, aber manchmal gebe ich es auch einfach auf.

Dann besteht auch eine gute Möglichkeit darin, dass wir in den höheren Jahrgangsstufen – ich denke vor allem an die beruflichen Schulen – gemeinsam mit der Schulfa-

milie, mit den Jugendlichen überlegen, ob man nicht auch einen digitalen Unterricht machen kann, sofern das dort gut möglich ist und gewünscht wird. Da erspart man sich nämlich die langen Wege im ÖPNV für die beruflichen Schüler und schränkt Kontakte ein.

Alles in allem will ich festhalten, dass unser Dringlichkeitsantrag ein sehr guter ist. Wir machen ein differenziertes Angebot, wie wir weiterhin eine gute und sichere Bildung für unsere Kinder und Jugendlichen herstellen und gewährleisten können. Wir bitten um Zustimmung.

Ich habe noch eine Sache, die möchte ich hier und jetzt gerne loswerden. Ich bin seit Langem Mitglied im Bildungsausschuss. Ich fordere den jetzigen Vorsitzenden des Bildungsausschusses auf, das Mitglied, das in einem internen Chat Aussagen trifft, wie wir sie heute alle zur Kenntnis nehmen mussten, aufzufordern, sich zu überlegen, ob der Bildungsausschuss wirklich der richtige Platz für sie ist. Das ist das Erste. Und das Zweite ist: Ich erwarte auch von Ihnen, Herr Bayerbach, dass Sie sich hier ausdrücklich und deutlich von dieser Kollegin distanzieren. – Herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall)

Ich glaube, ich habe noch ein bisschen Zeit. Deshalb kann ich noch sagen, wir müssen den AfD-Antrag natürlich ablehnen. Dem FDP-Antrag stimmen wir zu, der geht in die richtige Richtung.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Wild. – Für die FDP-Fraktion hat Herr Kollege Matthias Fischbach das Wort.

Matthias Fischbach (FDP): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Kinder haben ein Recht auf schulische Bildung, so hat es das Bundesverfassungsgericht noch einmal festgestellt. Schulschließungen dürfen also nur das allerallerletzte Mittel sein, wenn alle anderen freiheitsschonenderen Alternativen ausgeschöpft sind.

Nun läuft aber aktuell wieder die Debatte, ob die Weihnachtsferien nicht früher beginnen können, um die Infektionszahlen zu senken. Meine Damen und Herren, auch das ist nichts anderes als eine Schulschließung. Vergangenes Jahr hatten wir eine ähnliche Debatte. Sie war der Auftakt für monatelange Schulschließungen, weil man sich danach nicht mehr getraut hat, das ursprüngliche Versprechen ernst zu nehmen.Das Versprechen lautete – Sie erinnern sich vielleicht noch –: Die Schulen werden zuletzt geschlossen und zuerst wieder geöffnet. – Das wurde gebrochen. Das darf sich nicht wiederholen.

(Beifall bei der FDP)

In wenigen Staaten in Europa sind die Lernlücken nach Erhebungen so groß wie in Deutschland, obwohl 2021 die Schulen nicht mehr so lange und flächendeckend geschlossen worden sind. Bayern hat sich dieses Jahr nicht einmal getraut, einheitliche Lernstandserhebungen in allen Schulen durchzuführen, um zu erkennen, wie groß die Lücken bei uns eigentlich wirklich sind. Wir wissen aber, dass es auch in Bayern viele Schulen gibt, die noch heute mit großen Problemen aufgrund der Maßnahmen im vergangenen Schuljahr kämpfen müssen. Da reden wir noch nicht einmal von den psychischen Belastungen. Meine Damen und Herren, Sie alle wissen, welche Zustände teilweise in den Kinder- und Jugendpsychiatrien in unserem Land herrschen. Das ist nur kurz gefasst. Deswegen kann ich nur noch einmal unterstreichen: Das alles darf sich nicht wiederholen.

Gerade wenn man sich die aktuellen Inzidenzen anschaut, die zum Glück in Bayern wieder zurückgehen – wir haben jetzt mehrere Tage, in denen sich die Tendenz und der Trend verfestigen –, dann müssen wir doch ganz klar sagen, dass wir jetzt nicht Schulschließungen als Mittel wählen können, sondern dass wir alle zur Verfügung stehenden Mittel einsetzen müssen, um Schulschließungen zu verhindern.

(Beifall bei der FDP)

Meines Erachtens gibt es da noch einiges, was nicht ausgeschöpft ist. Im Gegensatz zu der Situation vor einem Jahr sind wir deutlich weiter. Schulen nehmen am Infektionsgeschehen teil; das wissen wir. Aber wir haben nun nicht nur landesweite Corona-Tests an den Schulen etabliert, sondern auch deutlich mehr Erfahrungen gesammelt. Ein Beispiel für eine Erfahrung ist, dass die Inzidenzzahlen immer zum Ende der Ferien steigen und wenige Tage später wieder fallen. Da muss man sich schon fragen: Tragen wir eigentlich mit dem Präsenzunterricht und den Testungen nicht dazu bei, dass Infektionen gebremst werden, weil sie frühzeitig erkannt und dann herausgefiltert werden können?

Außerdem müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass es auch nach der Impfung keine sterile Immunität gibt. Deshalb ist der nächste logische Schritt bei diesen Zahlen eigentlich, dass wir zumindest vorübergehend nicht nur die ungeimpften Schülerinnen und Schüler testen, sondern alle Schülerinnen und Schüler in den Schulen regelmäßig an den Tests teilnehmen lassen, wie es auch die nickenden Kollegen der FREIEN WÄHLER gefordert haben; ich hoffe dann auf Ihre Unterstützung an dieser Stelle. Das ist gerade auch an den weiterführenden Schulen ein großes Thema, wo viele Schüler schon geimpft sind und damit zwar sich selbst schützen und ihr persönliches Risiko reduziert haben, aber eben trotzdem ein Weitertragen des Virus nicht ausgeschlossen ist.

An den Grundschulen gibt es erfreulicherweise inzwischen Pool-PCR-Tests, die die Gefahr noch genauer erkennen und herausfiltern können. Für mich ist es aber total unverständlich, warum nicht auch die Lehrerinnen und Lehrer an diesen Schulen an den Tests teilnehmen können. Das wäre keine besondere Zusatzbelastung für die Labore, weil der Pool einfach noch einmal um eine Person vergrößert werden würde und nicht zusätzliche Proben getestet werden müssten, sondern es wäre eine pragmatische, einfache Lösung, um die Sicherheit noch ein bisschen zu erhöhen. Generell sollten wir sehen, dass dringend an der Ausweitung der Laborkapazitäten zu arbeiten ist. Ich weiß, dass das für uns in der aktuellen Lage eine große Aufgabe ist. Aber der

Staat muss mit allen Mitteln helfen, um eine Ausweitung der Pool-PCR-Tests auf weitere Schulen zu ermöglichen.

Darüber hinaus gibt es viele weitere Stellen, an denen man noch nachbessern kann, zum Beispiel bei den Luftreinigern. Das große Versprechen des Ministerpräsidenten aus dem Frühsommer ist allen noch bekannt, glaube ich. Trotzdem sind die Klassenzimmer, die eigentlich im Herbst alle mit Luftfiltern ausgestattet sein sollten, zum großen Teil immer noch nicht damit ausgestattet.

All diese Beispiele zeigen schon, dass es noch viel zu tun gibt. Der Staat kann sich nicht einfach in die Ferien verabschieden, sondern wir müssen Bildung sichern und dürfen sie nicht absagen.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Fischbach. – Das Wort hat Herr Abgeordneter Bayerbach für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Markus Bayerbach (AfD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Frau Wild, wir reden heute über Bildungs- und nicht über Parteipolitik.

(Zuruf)

– Wir können das gerne machen, aber ich habe jetzt nur dreieinhalb Minuten Zeit. Vielleicht wollen Sie nur von dem schlechten Antrag ablenken.

(Zuruf)

– Nein, ich möchte dazu schon ein bisschen was sagen. – Sie haben ja recht: Es wird wieder kein normales Schuljahr. Aber eine Planung für ein Schuljahr zu erwarten, ist ein bisschen schwierig. Diese Staatsregierung wird jetzt wahrscheinlich von der SPD auch ein bisschen vor sich her getrieben. Ich glaube nicht, dass entweder die Staats-

regierung oder die Bundesregierung irgendeinen Plan hat, der ein Jahr hält. Anstatt dass die SPD einmal eine Idee bringt, kommen Sie wieder mit uralten ideologischen Kleppern ums Eck. Sie reiten wieder auf dem alten Thema "Lehrpläne und Prüfungen anpassen" herum. Nein, Nivellierung nach unten ist kein Zukunftsplan, sondern versaut das Leistungsprinzip. Leistung kann auch Spaß machen. Vielleicht ist das nicht unbedingt SPD-Kernkompetenz. Unser Rohstoff in Deutschland ist einfach Bildung; den müssen wir bewahren. Ende!

Natürlich stimme ich bei einem Punkt zu, nämlich dass alle Schüler, wenn sie in Quarantäne sind, ein digitales Bildungsangebot bekommen müssen, aber – das fehlt mir in Ihrem Antrag; darauf bestehe ich für mich, das ist mir wichtig – dies gilt unabhängig vom Impfstatus für jeden Schüler.

(Beifall bei der AfD)

Geradezu an Absurdität grenzt Ihre Idee der Digitaltage. Sie stellen fest, welche Probleme und Entwicklungsprobleme unsere Schüler im Sozialen und im Lernen haben. Ja, stimmt! Aber dann kommen Sie damit: "Asynchrones Lernen, Distanzunterricht, Lernen mit digitalen Medien, Streaming-Formate, der Einsatz digitaler Lernplattformen und viele weitere neue Lehrtechniken funktionierten gut." – Da kommen Sie am Faktenfuchs nicht vorbei. Die Uni in Frankfurt hat eine Studie durchgeführt. Was war das Ergebnis der Studie? – Der Digitalunterricht war genauso effektiv wie die Sommerferien.

Auf der einen Seite die Probleme zu beklagen und auf der anderen Seite das Gleiche wieder zu fordern, ist schon ein bisschen abstrus.

(Zuruf)

Völlig absurd finde ich am Ende des Antrags die Forderung, jetzt in der Schule Sonderimpfungen zu organisieren. Verdammt, unsere Schulen haben wirklich gerade andere Probleme! Sie haben genug an der Backe. Wir haben Unmengen an fehlenden

Lehrerstunden. Wir müssen unsere Schüler ertüchtigen. Wir müssen Bildung vermitteln. Wir müssen an den psychischen Problemen arbeiten und nicht jetzt noch eine Impfstrategie umsetzen. Das ist einfach nicht Aufgabe der Schule. Dafür sind andere da.

(Beifall bei der AfD)

Eines wissen wir inzwischen: Wer Schulen schließt, nimmt Kinder in Geiselhaft für eine Pandemie, in der die Kinder nie die Treiber waren. Dämonisieren Sie nicht immer die Schulen verbal als Vorhof der Hölle! Garantieren Sie den Präsenzunterricht, und zerstören Sie vor allem nicht die Bildungschancen einer ganzen Generation!

Der Antrag der FDP geht in die richtige Richtung, aber er ist mir etwas zu mutlos. Deswegen werden wir uns enthalten.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Es gibt eine Zwischenbemerkung, Herr Bayerbach, und zwar von Herrn Kollegen Tobias Gotthardt von der FREIEN-WÄHLER-Fraktion.

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Bayerbach, nachdem Sie es jetzt selber noch einmal bei Ihrem Redebeitrag angesprochen haben, würde ich gerne darauf zurückkommen. Sie sind Vorsitzender des Bildungsausschusses; ich darf Ihr Stellvertreter sein. Wir haben morgen die nächste Sitzung des Bildungsausschusses. Wir haben im Bildungsausschuss eine Kollegin Ihrer Fraktion, die in einem internen Chat geschrieben hat, "[…] dass wir ohne Bürgerkrieg aus dieser Nummer nicht mehr rauskommen werden." – Den Rest kennen Sie. Wie wollen Sie als Vorsitzender des Bildungsausschusses mit einer Person umgehen, die solche Aussagen in Chats tätigt? Wie werden wir auf diese Person reagieren?

(Beifall)

Markus Bayerbach (AfD): Also ich sage jetzt einmal ganz einfach: Solange ich den Textzusammenhang nicht kenne,

(Lachen)

werde ich mich dazu gar nicht äußern. Erst muss ich mir das anschauen, und dann kann ich mich dazu äußern. Aber man muss halt manchmal auch den Zusammenhang kennen, um zu sehen, wie eine – –

(Zuruf)

– Frau Wild, wissen Sie, Sie haben letztes Mal auch nicht zugehört und mir dann hinterher etwas unterstellt, das jeder andere anders als Sie verstanden hat.

(Zurufe – Unruhe)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Bayerbach hat prinzipiell das Wort.

Markus Bayerbach (AfD): Es ist nicht meine Aufgabe, mich hier für andere Kollegen oder für Aussagen zu rechtfertigen, die ich nicht oder nur aus der Presse kenne.

(Zurufe)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ihre Rede haben Sie dann offenbar beendet. Vielen Dank, Herr Abgeordneter Bayerbach. – Wir kommen zum nächsten Redner, Herrn Kollegen Prof. Gerhard Waschler für die CSU-Fraktion.

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Herr Vizepräsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Im ersten Teil meiner Ausführungen werde ich mich strikt an die Punkte der vorliegenden Dringlichkeitsanträge halten, aber selbstverständlich die Aktualität einfließen lassen.

Liebe Kollegin Margit Wild, der Dringlichkeitsantrag der SPD ist sehr gut gemeint. Man hat natürlich auch die individuelle Betroffenheit gespürt. Ich sage nur dazu: Sie for-

dern, die Schulen bestmöglich offen zu halten; das war auch der Tenor des Kollegen Fischbach von der FDP. Nichts anderes machen wir.Dazu brauchen wir weder einen Dringlichkeitsantrag der SPD noch der FDP noch Aufforderungen, sondern das ist die Maxime der Staatsregierung und der beiden Regierungsfraktionen, der man mit aller Intensität nachgeht. Dies wollte ich nur feststellen.

(Beifall bei der CSU)

Zu den einzelnen Punkten:

Erstens. Es ist selbstverständlich, dass es wegen Corona bei den Lehrplänen Hinweise zu Schwerpunktsetzungen aus dem letzten Jahr gab, die nach wie vor gelten und an denen die Orientierung draußen weiterhin erfolgt. Es ist genauso selbstverständlich, dass die Regelungen zu den Prüfungen, die auch im Dringlichkeitsantrag erwähnt sind, immer auf der Basis des konkreten Unterrichts im Blick zu halten sind. Hier muss man sehr genau sehen, was vor Ort an Informationen, an Unterricht und an Fortschritten vorhanden war. Dann werden die Prüfungen entsprechend darauf abgestimmt. Dies hat man auch im Blick.

Zweitens. Zu den Hinweisen, ein rein digitales Bildungsangebot könne in Quarantänefällen eine Lösung sein, ist festzustellen: Natürlich könnte dies eine Lösung sein, aber sie passt mit Sicherheit nicht in allen Fällen; denn es ist viel besser, wenn die Lehrkräfte und Schulen ihre eigenen Konzepte entwickeln und dabei auf Erfahrungen, auch aus dem letzten Schuljahr, zurückgreifen können. Ich sage: Um die Schülerinnen und Schüler dort abzuholen, wo sie sich befinden, ist eine differenzierte, pädagogisch ausgewogene Abwägung vor Ort notwendig und weitaus sinnvoller als irgendwelche pauschalen Anweisungen vom grünen Tisch.

(Beifall bei der CSU)

Des Weiteren weise ich darauf hin, dass wir morgen viele Punkte auf der Tagesordnung des Bildungsausschusses haben, Frau Kollegin Strohmayr, bei denen es um Di-

gitales geht. Dies wird uns morgen beschäftigen, und zwar sehr breit. Dann werden wir Gelegenheit haben, auch die Informationen darzustellen, die bei der Opposition offensichtlich noch nicht angekommen sind.

Hier aber konkret zu dem, was im Dringlichkeitsantrag der SPD steht, in dem Digitaltage an Schulen vorgeschlagen werden: Das alles wird in diesem Fall damit begründet, dadurch Kontaktreduzierungen zu ermöglichen. Dies steht aber wiederum im Widerspruch zu dem von mir eingangs erwähnten Konsens, Schulen bestmöglich offen zu halten; denn es besteht Einigkeit, dass der Präsenzunterricht eine hohe Priorität haben muss und auch künftig haben wird. Hier widerspricht sich also der Gedankengang im Antrag. Natürlich werden wir uns damit morgen im Bildungsausschuss noch vertieft beschäftigen können.

Bei dem Punkt, in dem es um Sonderimpfaktionen an Schulen geht, mit allem, was dazu gehört, kann ich sehr gut auf die Ausführungen des Staatsministers Holetschek und auf die Diskussion zum einschlägigen Dringlichkeitsantrag vor wenigen Minuten hier im Hohen Haus Bezug nehmen. Dazu ist alles erläutert und sehr schön aufgeschlüsselt worden, dass man dies im Auge hat und wohin die Reise mit der Gesundheit der Schülerinnen und Schüler geht. Diese steht wiederum an erster Stelle, selbstverständlich auch die Gesundheit des pädagogischen Personals, der Lehrerinnen und Lehrer sowie der gesamten Schulfamilie.

Nun komme ich zum Dringlichkeitsantrag der FDP. Herr Kollege Fischbach, wie schon erwähnt: Schulschließungen wollen wir alle vermeiden. Sie erwähnen die Weihnachtsferien und verlangen keine Ausweitungen. Die GRÜNEN haben übrigens genau das Gegenteil gefordert. Ich sage dazu, man muss hier jeweils auf die Situation blicken. Man muss abwarten, den Verlauf der Inzidenz beobachten, den Mehrwert sehr kritisch und konstruktiv abwägen und dabei immer das Wohl des Kindes an oberster Stelle sehen. Zur Ausweitung der PCR-Pool-Testungen, die Sie, Herr Kollege Fischbach, fordern – die organisatorische Problematik haben Sie dankenswerterweise erwähnt –, hat Herr Staatsminister Holetschek auch eine Menge gesagt. Um mich kurz zu fassen,

sage ich zu den Luftreinigungsgeräten nur, ohne hier zu sehr in die Tiefe zu gehen: Keiner Kommune draußen – um diese geht es, Herr Fischbach, das haben Sie nur am Rande erwähnt, die Kommunen schaffen die Geräte an, sie sind für die Ausstattung zuständig –, keiner kommunalen Ebene ist es verboten, auch ohne Zuschüsse oder Förderprogramme Luftreinigungsgeräte anzuschaffen, wenn es einen Mehrwert bringt. Zu diskutieren und zu sagen, hier müsse die Staatsregierung wieder etwas tun und noch ein paar Millionen für ein Förderprogramm bereitstellen oder wie auch immer, ist wahrlich zu kurz gesprungen.

Zum nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der AfD: Na ja, Maßnahmen zum Erhalt des Bildungsniveaus sicherstellen – was glaubt denn die AfD, was eigentlich tagtäglich in der bayerischen Schulpolitik geschieht? Dort wird das Bildungsniveau hochgehalten. Wobei ich behaupte, Herr Kollege Bayerbach, Sie haben einen gewaltigen Fehler begangen, nicht das aufzunehmen, was Vorredner hier gesagt haben. Frau Kollegin Wild hat darauf hingewiesen, hier steht etwas im Raum, das Sie als Vorsitzender des Bildungsausschusses eigentlich hätten bereinigen müssen. Auch Herr Kollege Gotthardt hat nachgefragt.

(Zuruf des Abgeordneten Markus Bayerbach (AfD))

– Herr Kollege Bayerbach, ich habe hier jetzt das Wort. Ich sage Ihnen, die Minimalfähigkeiten eines Vorsitzenden des Bildungsausschusses sind, dass er, wenn Verfehlungen objektiv vorliegen, die nicht in irgendwelchen Informationen, sondern in "BR24" nachzulesen sind – –. Dort wurde ein "Bürgerkrieg" gegen die Bayerische Verfassung erwähnt, deren 75-jähriges Jubiläum begangen wird. Herr Kollege Bayerbach, wenn Sie Frau Kollegin Cyron nicht darauf hinweisen, dass die Verfehlung eigentlich einen Rausschmiss bedeuten muss – in welcher Form Sie dies machen, ist Ihr Problem –, und das nicht auf die Reihe bekommen, dann muss ich klar feststellen, dass Sie auch keine Fähigkeiten haben, den Bildungsausschuss in Bayern zu leiten.

(Beifall bei der CSU)

Insofern darf ich mit dem Hinweis schließen, dass wir die Dringlichkeitsanträge der Opposition ablehnen, weil sie aus unserer Sicht in weiten und den meisten Teilen positiv erledigt sind. Bei der AfD tun wir dies grundsätzlich. – Ich bedanke mich.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Prof. Waschler. Es gibt zwei Zwischenbemerkungen. Die erste kommt von Herrn Matthias Fischbach von der FDP-Fraktion.

Matthias Fischbach (FDP): Lieber Herr Kollege Waschler, jetzt muss ich noch zwei Fragen zu Ihren Ausführungen stellen. Zu Thema eins, den Luftfiltern: Hierzu haben Sie gesagt, die Kommunen seien zuständig. Wenn ich darüber nachdenke, welche Kommunen ich kenne und wer dort Bürgermeister und Landrat ist, stelle ich fest: Es handelt sich meistens um Mitglieder der CSU und der FREIEN WÄHLER. Können Sie nicht auf diese einwirken? Welche Gründe bekommen Sie von diesen eigentlich zu hören, warum dies nicht vorangetrieben wird?

Meine zweite Frage: Sie haben gesagt, alles sei positiv erledigt. Die Maxime der Staatsregierung und der Regierungsfraktionen sei, dass man keine Schulschließungen wolle. Jetzt lese ich aber, der Ministerpräsident habe im Bayerischen Rundfunk gesagt – Zitat: "Ob die Ferien etwas vorher stattfinden können, da wäre ich offen, wenn wir uns auf solche Regelungen verständigen." Ich möchte von Ihnen noch einmal klar hören: Wenn sich dies alles erledigt hätte, müssten die CSU-Fraktion und die Fraktion der FREIEN WÄHLER jetzt eigentlich zustimmen. Oder können Sie mir zumindest zusichern, dass die Schulen erst als Allerletztes geschlossen werden, wenn wirklich alles, auch die Gastronomie usw., geschlossen ist? Oder wird die Schule dann doch wieder einfach vorgezogen?

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Herr Kollege Fischbach, danke für beide Fragen. Dies bietet Gelegenheit, Sie auch in dieser Hinsicht zufriedenzustellen. Ich beginne mit der zweiten Frage: Wenn der Ministerpräsident diesen Hinweis gibt, ist die Schul-

schließung in der Tat die Ultima Ratio. Wenn es irgendwie möglich ist, werden die Schulen offen bleiben, aber es kann Situationen geben, die sich so entwickeln, dass alle übereinstimmend sagen, dies ist der einzige sinnvolle Weg. Aber das ist wirklich das Äußerste.

Zur Frage zu den Luftfiltern mit allem, was dazugehört: Dies ist das Schöne am Föderalismus. Deswegen stellen Sie Fragen, Herr Kollege Fischbach, wenn Ihnen hierzu Informationen fehlen. In der Tat ist es so, dass wir in den unterschiedlichen Ebenen unserer föderalen Struktur verschiedene Zuständigkeiten haben. So kann es ohne Weiteres vorkommen, dass im Landtag über die Sinnhaftigkeit von Dingen Einigkeit besteht und dies vor Ort – aus welchen Gründen auch immer – anders gesehen wird. Dies ist die Vielfalt, die wir haben, und die Liberalitas Bavariae in Besonderheit.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Prof. Waschler. – Es gibt noch eine zweite Zwischenbemerkung von Herrn Abgeordneten Bayerbach von der AfD-Fraktion.

Markus Bayerbach (AfD): Herr Prof. Waschler, Sie wissen, ich schätze Sie ungemein, aber Ihre Aussage fand ich etwas sparsam. Wie ist das bei der CSU, wenn in der Presse steht, dass irgendjemand etwas gesagt hat? Schließt dann ein Vorsitzender eines Ausschusses jemanden aus der Fraktion aus? Ist das bei der CSU so üblich? – Bei uns ist das immer noch eine Fraktionsentscheidung – Punkt eins.

Punkt zwei: Solange eine Kollegin nicht die Möglichkeit gehabt hat, dazu Stellung zu nehmen, gilt immer noch die Unschuldsvermutung.Ich weiß nicht, wie das bei Ihnen ist. Wenn irgendwo in der Presse steht, dass jemand ein bisschen Provision für Masken bekommen hat, wird er auch nicht von heute auf morgen von einem Ausschussvorsitzenden ausgeschlossen. Sehe ich das irgendwie falsch?

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Herr Kollege Bayerbach, das war ein netter Versuch, von der Problematik der Situation abzulenken. Es wird Ihnen nicht gelingen. Sie haben Gelegenheit, selbst zu eruieren, was an dem, was in "BR24" nachzulesen ist,

dran ist. Sie werden Gelegenheit haben, das richtigzustellen, wenn es anders zu verstehen ist. Sie können sicher sein, dass wir Sie fragen werden.

(Beifall)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Prof. Waschler. – Die nächste Wortmeldung kommt aus den Reihen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN von Frau Kollegin Anna Schwamberger.

Anna Schwamberger (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Unterschiedlicher könnten die beiden Anträge nicht sein, die wir heute von der FDP-Fraktion und der SPD-Fraktion behandeln. Eines eint uns jedoch alle: Uns liegt das Wohl unserer Schülerinnen und Schüler und deren Bildungserfolg am Herzen. Mich beunruhigt das aktuelle Infektionsgeschehen an unseren Schulen schon. Es stimmt mich schon ein bisschen traurig, dass wir auch in diesem Jahr wieder hier stehen müssen, um über Maßnahmen an den Schulen zu diskutieren. Ich hätte mir auch ein normales Schuljahr gewünscht.

Ich möchte noch einmal auf unseren Dringlichkeitsantrag verweisen. Für uns ist klar, dass alleinige Einschränkungen im Schulbereich nicht der Schlüssel zum Erfolg sind. Erwachsene müssen mehr schultern. Wir müssen sie in die Pflicht nehmen. Ich frage mich allerdings schon, was unser Kultusminister den ganzen Sommer über gemacht hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es wurde schlicht nicht geschafft, den Sachaufwandsträgern zu verdeutlichen, warum die Anschaffung der Luftfilter essenziell für den Schulbetrieb im Winter ist. Kommunikation scheint auch weiterhin ein massives Problem zu sein.

Die Pool-Testungen werden an den Grund- und Förderschulen sowie in den fünften und sechsten Klassen an den Mittelschulen durchgeführt. Alle anderen Schularten testen weiterhin mit Schnelltests. Welch Überraschung: Die Labore geraten bei der

Menge an Tests an ihre Belastungsgrenzen. Das ist doch planbar und absehbar. Ich möchte auch nicht, dass die Verantwortung hin- und hergeschoben wird. Sie sagen: Ich als Kultusminister bin nicht zuständig. Herr Holetschek als Gesundheitsminister ist zuständig. – Ziehen Sie an einem Strang!

Wenn Sie Testungen für Geimpfte und Genesene an den Schulen anbieten, müssen wir dafür sorgen, dass die Infrastruktur steht. So, wie es jetzt läuft, bringt es nichts. Aktuell können die Ergebnisse aus den Pool-Tests den Schulen einfach nicht rechtzeitig übermittelt werden. Somit verpufft der ganze Effekt des Testens.

Wir haben der Schulfamilie in den letzten zwei Jahren verdammt viel abverlangt. Die Schulen haben eine Anerkennung verdient. Wir Landtags-GRÜNEN plädieren tatsächlich dafür, dass die Weihnachtsferien bereits am 20.12. starten und insgesamt drei Wochen dauern. Herr Waschler, das hat einen Grund, warum wir das jetzt fordern. Das soll planbar sein. Man soll sich darauf vorbereiten können. Im vergangenen Jahr gab es ein Hü und Hott. Zwei Tage vorher hieß es, dass wir doch eine Notbremse machen. Das ist nicht das, was wir wollen. Lieber mache ich die Schulen vier Tage zu. Das würde nicht wehtun. Ich erinnere daran, dass wir schon die Faschingsferien in diesem Jahr gestrichen haben. Der Kollegin Gottstein war es wahnsinnig wichtig, dass ein Ausgleich erfolgt. Das ist bisher nicht passiert. Schlagen wir doch zwei Fliegen mit einer Klappe und tragen dazu bei, dass der Gesundheitsschutz an unseren Schulen auch durch die verlängerten Weihnachtsferien hochgehalten wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich habe das Gefühl, dass unsere Regierung nach dem Prinzip Hoffnung agiert. Ich fordere Sie, Herr Minister Piazolo, auf: Sorgen Sie für mehr Luftfilter, für reibungslose Pool-Testungen für alle Schülerinnen und Schüler, und geben Sie der Schulfamilie Luft mit verlängerten Weihnachtsferien!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke schön, Frau Kollegin Schwamberger. – Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER hat Herr Kollege Tobias Gotthardt das Wort.

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst möchte ich eine kurze Anmerkung zu Herrn Kollegen Bayerbach machen, weil es wirklich wichtig ist. Dazu sehe ich mich in der Pflicht als stellvertretender Ausschussvorsitzender. Wir müssen die Sache klären. Dabei müssen wir alle Spielräume, die uns die Geschäftsordnung des Bayerischen Landtags gibt, nutzen. Herr Bayerbach, sollten Sie das nicht mittragen, muss ich schwer an Ihrer Eignung als Ausschussvorsitzender zweifeln. Das sage ich ganz ehrlich.

(Beifall)

Das ist nur eine Anmerkung am Rande.

Jetzt kommen wir zu den Anträgen von SPD und FDP. Ich muss ganz ehrlich sagen, dass ihr mich heute Abend ein wenig verwirrt habt. Der Antrag der SPD erinnert mich an einen Bauchwarenladen, den man vor sich herträgt. Dort wird kurz vor Weihnachten noch einmal alles hineingeworfen, was man noch zur Schule sagen wollte. Ihr sagt, dass dieses Schuljahr kein normales Schuljahr war. Das wissen auch wir. Wir sagen auch überall, dass das Schuljahr kein normales war. Das muss man auch keinem erklären. Das weiß jeder Schüler, jeder Lehrer, und das wissen alle Eltern. Auch wir wissen, dass es kein normales Schuljahr war. Das behauptet auch keiner. In diesem Antrag habt ihr alles zusammengeschmissen.

Die FDP fordert das Offenhalten der Schulen. Ihr fordert in eurem Antrag zeitgleich das Offenhalten der Schulen, das Schließen der Schulen für Digidays und ein Vorbereiten auf das Vorziehen der Weihnachtsferien. Mit der FDP seid ihr euch dann noch darüber einig, dass die Anträge sich gegenseitig unterstützen können. Da bin ich raus. Das geht bei mir nicht ganz zusammen. Ihr müsst wissen, wie ihr es macht. Vor allem müsst ihr wissen, wie ihr es in Berlin machen wollt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Trotzdem gehe ich gerne noch auf ein paar Punkte ein, die in den Anträgen genannt werden. – Ich habe noch ein bisschen Zeit. Mir geht es so wie dir. Ich rede zu schnell. – In eurem Antrag fordert ihr, Lehrpläne und Prüfungen anzupassen. Was haben wir denn die letzten zwei Jahre gemacht? – Wir haben genau geschaut, wo wir Lehrpläne und Prüfungsinhalte anpassen müssen. Wir haben geschaut, wo wir die Zahl der Prüfungen herunterfahren müssen. Wir haben genau das gemacht, was ihr in eurem Antrag fordert. Das werden wir auch fortführen. Wir werden immer genau schauen, wie die Situation ist und wo wir in diesen drei Punkten Anpassungen vornehmen müssen.

Ich nenne eine Zahl zur Quarantäne: Aktuell befinden sich 1,9 % der bayerischen Schülerinnen und Schüler in Quarantäne. Diese Zahl ist seit den Herbstferien gesunken. Dank der Testungen wächst die Kurve der Infektionszahlen an den Schulen nicht exponentiell, sondern sie stagniert. Das zeigt, dass wir alles richtig gemacht haben mit unserem Testkonzept an unseren Schulen. An den Grundschulen haben wir PCR-Testungen durchgeführt. An den weiterführenden Schulen gibt es dreifache Antigen-Testungen.

Frau Kollegin Schwamberger, ich brauche Ihre Hilfe. Wissen Sie, wie man den Labormarkt in Bayern besser abrufen und nutzen kann? Wo sind noch Kapazitäten frei, wenn irgendwo eine Auslastung von über 90 % besteht? – Sagen Sie mir das. Wir können uns auf ein Bierchen zusammensetzen und das klären. Auf diese Weise können wir unserem zuständigen Kollegen Holetschek in seinem Ministerium helfen, diese Testungsausweitung zu machen. Wenn die Labore jedoch selber sagen, sie hätten keine Kapazitäten mehr, werden wir nicht weiterkommen. Wenn Sie es wissen, kommen wir auf jeden Fall weiter.

Ich komme zum Thema Digidays. Liebe Kollegin Wild, mich freut es, wenn Sie mir so gut zuhören, wenn ich auf einer BLLV-Veranstaltung von solchen Digidays spreche. Sie haben von Digitaltagen gesprochen. Wir haben Brainstorming gemacht. So sind

wir. Wir teilen das Wissen und unsere Ideen mit anderen Leuten. Ich habe nicht gesagt, dass wir das umsetzen müssen. Hauptziel ist es, die Schulen offen zu halten. Das haben wir übrigens auch den Schülern, den Eltern und den Lehrkräften versprochen. Wir haben versprochen, unabhängig von der Inzidenz, soweit das geht, die Schulen offen zu halten. Aber wir planen auch mit Plan B und Plan C. Deswegen habe ich im Rahmen dieses Brainstormings unter anderem auch das Stichwort Digidays fallen lassen. Ihr habt das übersetzt und in euren Bauchladen hineingeworfen – wie schön. Dann folgt ihr unserer Meinung. Wenn es so weit ist, können wir noch einmal darüber reden.

Dann komme ich zum Thema Luftfilter. Herr Kollege Fischbach, aktuell sind knapp 35.000 von 75.000 Klassenzimmern in Bayern mit Luftfiltern ausgestattet. Diese Zahl ist tagesaktuell. Natürlich hat der Kollege Waschler komplett recht, wenn er sagt: Es ist die Aufgabe der Sachaufwandsträger, diese Geräte anzuschaffen. Es ist ein großes Entgegenkommen des Freistaats Bayern, wenn er 250 Millionen Euro, eine Viertelmilliarde Euro, in die Hand nimmt, um Luftfilter für Bayerns Schulen anzuschaffen. Wenn man dann sagt: Es könnte mehr gehen, dann gebe ich zurück: Schaut einmal in die Länder, in denen ihr in der Regierungsverantwortung seid! Schaut doch mal, ob irgendein Land eine Viertelmilliarde Euro in die Hand nimmt, um die Sachaufwandsträger zu unterstützen, um Luftfilter anzuschaffen! Schaut einmal nach! Da bin ich gespannt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Jetzt ist meine Redezeit gleich vorbei. Ein letztes Wort noch: Der Antrag der AfD ist jenseits von Gut und Böse. Die beiden anderen Anträge sind eine Bauchlandung. Ich bin gespannt, wie ihr euch dann morgen bei den Bund-Länder-Verhandlungen als Große Koalition, als Dreier-Koalition, als Ampelkoalition, im Bund zusammenfindet. Viel Spaß dabei!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Für die Staatsregierung hat Prof. Dr. Michael Piazolo das Wort.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zuerst möchte ich mich für die vielen Vorschläge bedanken, die gekommen sind, auch wenn ich beim Lesen der verschiedenen Dringlichkeitsanträge festgestellt habe, dass sie in völlig verschiedene Richtungen weisen. Man hat deutlich gesehen: Drei Parteien, drei Fraktionen, drei völlig unterschiedliche Ansätze.

Das scheint vielleicht auch das Zeichen der kommenden Ampel zu sein. Das Bild der Ampel ist: Es ist immer nur ein Licht an. Das merkt man ja auch. Es ist immer nur ein Licht an. Es ist bei der Ampel auch immer mehr dunkel als hell. Ich glaube, das ist auch das Motto, das uns in den nächsten Jahren erwartet, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Gehen wir es aber einmal konkret durch. Frau Schwamberger, mich stört, dass von uns dauernd Dinge gefordert werden, die in dem einzigen Land, in dem die GRÜNEN Regierungsverantwortung tragen, überhaupt nicht umgesetzt werden. Ich sehe nicht, dass Baden-Württemberg Pool-Tests anbietet. Ich sehe das nicht. Bei uns aber werden sie und noch anderes immer ganz locker von den GRÜNEN gefordert – was wir alles tun könnten und tun müssten und ob wir die ganze Zeit während der Sommerferien nichts getan hätten. Was haben die GRÜNEN in Baden-Württemberg getan? Was haben sie in den anderen Ländern getan? Wo sind denn die Pool-Tests? Das einzige Land, das außer uns noch Pool-Tests anbietet, ist NRW. Dort sind die GRÜNEN aber nicht an der Regierung beteiligt.

Das ist schon eine Art und Weise, in der man es sich sehr leicht macht, indem man immer auf die Staatsregierung schimpft. Das ist das gute Recht der Opposition. Aber

dort, wo Sie in Regierungsverantwortung sind, bringen Sie das nicht zustande, was wir hier in Bayern auf den Weg bringen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der zweite Punkt, über den es ganz unterschiedliche Vorstellungen gibt, ist der Präsenzunterricht. Die GRÜNEN sagen: Wir wollen die Weihnachtsferien vorziehen. Man kann über alles diskutieren. Wer aber Weihnachtsferien vorzieht, der schließt auch Schulen. Das ist eine Schulschließung.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Das muss man sich sehr sorgfältig überlegen. Es war die Kollegin Ernst aus Brandenburg, die sehr frühzeitig mit dieser Idee hervorgetreten ist. Man kann das alles tun. Das hat eine Diskussion angestoßen, die jetzt natürlich in alle anderen Bundesländer schwappt. Ich sage ganz deutlich: Unser Ziel als Staatsregierung, unsere oberste Maxime ist, den Präsenzunterricht sicherzustellen, und zwar aus drei Gründen.

In dem ersten Punkt sind wohl insbesondere wir Bildungspolitiker uns über alle Parteigrenzen hinweg einig, weil wir unseren Kindern, unseren Jugendlichen, unseren Schülerinnen und Schülern, Bildung, Können und Werte vermitteln wollen. Gerade heute an dem Verfassungstag ist das etwas ganz Besonderes. Wir haben ja auch einen entsprechenden Dringlichkeitsantrag gehabt.

Gerade vor dem Hintergrund – das ist mehrfach erwähnt worden –, dass die Beschulung vielfach nicht im Präsenzunterricht, sondern im Distanzunterricht stattgefunden hat, ist es wichtig, dass wir an diesem Prinzip auch festhalten und es nicht zu schnell oder leichtfertig über den Haufen werfen, wobei ich ganz deutlich sage: Ich glaube nicht, dass irgendeiner in diesen drei Fraktionen, die ich aus der Opposition genannt habe, in Bildungsfragen jetzt im Moment leichtfertig hantiert. Das glaube ich nicht. Das sind lauter Vorschläge, die wir natürlich miteinander diskutieren können, die aber in verschiedene Richtungen weisen.

Das Zweite sage ich mit mindestens genauso starkem Nachdruck: Präsenzunterricht ist wichtig, um Halt und Struktur zu geben. Die Schule ist ein sozialer Ort. Digitaler Unterricht kann nicht das Gleiche leisten. Auch deshalb ist Präsenzunterricht wichtig.

Das Dritte ist nicht nur meine Meinung, sondern Studien der Fraunhofer-Gesellschaft und des Forschungsinstituts zur Zukunft der Arbeit haben nachgewiesen, dass durch das Testen an Schulen ganz entscheidend mitgeholfen wird, die Infektionswellen zu brechen. Das heißt, die Schule und der Präsenzunterricht sowie das tägliche Testen – an weiterführenden Schulen dreimal bzw. zweimal mit Pool-Tests – tragen dazu bei, dass wir Ausbrüche an den Schulen frühzeitig erkennen. Deswegen sind die Inzidenzen dort übrigens auch höher, nämlich weil alle dort ständig getestet werden, im Gegensatz zu den Erwachsenen. Das verhindert, dass draußen Begegnungen stattfinden. All das verhindert, dass das Virus unter den Kindern und auch Erwachsenen weiterverbreitet wird.

Insofern trägt der dritte Punkt, nämlich das Testen an den Schulen und der Präsenzunterricht, dazu bei, Corona wirklich zu bekämpfen. Das sind drei ganz entscheidende Argumente, weswegen wir sagen, die oberste Maxime ist der Präsenzunterricht.

Wir haben im Moment natürlich das Glück – es liegt auch an den Maßnahmen, ich hoffe, es bleibt so –, dass die Inzidenzen in den letzten Tagen in Bayern um etwa 70 Prozentpunkte gesunken sind. Ich hoffe, diese Entwicklung setzt sich fort. Das würde uns weiterhin bestärken, den Präsenzunterricht beizubehalten.

Auch deshalb sage ich deutlich: Ich bin nicht für ein Vorziehen der Weihnachtsferien. Wir wollen den Präsenzunterricht sichern. Wir können alle Ideen haben. Man kann impfen. Das sind alles Sachen, die man sich überlegen kann. Wir überlegen uns zusammen mit dem Kollegen Holetschek, welche Angebote wir machen. Es geht aber auch dort und auch bei den kleineren Kindern darum, dass ein Impfstoff überhaupt zugelassen wird. Er muss erst einmal empfohlen werden. Es muss alles Schritt für Schritt erfolgen. Wir bereiten das alles vor.

Mir ist es auch wichtig, den Sicherheitsstandard an den Schulen nicht nur hoch zu halten, sondern schrittweise zu steigern. Wir haben das mit den beiden Regierungsfraktionen, mit den beiden die Regierung tragenden Parteien, auch geschafft. Ich lese, dass Nordrhein-Westfalen die Masken an den Schulen wieder einführt – wir haben das schon vor einer ganzen Weile getan –, um den Sicherheitsstandard hoch zu halten. Man kann jetzt sagen: Nordrhein-Westfalen hat eine geringere Inzidenz. Ich will das gar nicht als Vorwurf formulieren. Das heißt, die Maske ist an den Schulen wichtig.

Das Nächste ist natürlich das Testen. Ich hatte schon erwähnt, dass wir es weiter stärken wollen. Ich sage auch gerne: Wir können diejenigen, die geimpft sind, auch weiterhin an den Schulen testen. Nur, man muss das in einer solchen Phase auch alles schaffen und möglich machen. Ich gehe gerne auf die Pool-Tests ein. Momentan ist es bei einem der neu beauftragten Labore so, dass die Kapazitäten begrenzt sind. Wir haben im Moment enorm hohe Zahlen. Es gibt ein neues Virus, und alles läuft bei den Laboren zusammen. Es ist nicht so, dass die Labore die Pool-Tests nur an den Schulen machen. Wir haben es aber geschafft, das nach dem Beispiel NRW aufzusetzen. Dafür bin ich NRW auch dankbar. Das mit den Pool-Tests funktioniert seit vielen Wochen sehr gut.

Das ist eine Aufgabe gewesen, die zwar vom Gesundheitsministerium beauftragt worden ist, aber von internationalen Profis mit 400 verschiedenen Routen durchgeführt wird. Labore kommen aber in der jetzigen Situation an ihre Grenzen und sagen: Vielleicht werten wir jetzt zuerst die Probe mit der neuen Variante aus und kommen danach zum "Pool". Trotzdem funktioniert es in Bayern zum großen Teil gut. Alles andere arbeiten wir in tagtäglichen Besprechungen nach.

Noch ein Wort zu den mobilen Luftreinigungsgeräten. Selbstverständlich ist das immer eine Gesamtaufgabe. Ich bitte aber darum, mir ein Bundesland zu nennen, in dem mehr mobile Luftreinigungsgeräte zur Verfügung stehen als in Bayern. Sie werden mir keine Antwort geben können.Natürlich wünsche ich mir auch, dass es noch ein paar mehr sind. Natürlich werden wir die Kommunen unterstützen. Ich sage aber deutlich:

Gerade für Räume mit eingeschränkter Lüftungsmöglichkeit, in denen sich Kinder befinden, die jetzt noch nicht geimpft werden können, haben wir mit Landes- und Bundesprogrammen zusammen eine 100-prozentige Förderung. Mehr fördern geht nicht mehr. Es gibt den Vorschlag, den Kommunen noch zusätzliches Geld zu geben, damit sie das leisten.

Ich will aber die Kommunen in Schutz nehmen. Im Moment haben wir einen Markt, der begrenzt ist. Ausschreibungen müssen gemacht werden, gerade in den größeren Städten. Zum Teil sind die Ausschreibungen und Vergabeverfahren EU-weit. Das braucht auch Zeit. Insofern sind wir auf dem richtigen Weg; das Ziel ist aber noch nicht erreicht. Deshalb kann ich an die Kommunen nur appellieren. Wir haben in diesem Zusammenhang schon häufig das Beispiel München erwähnt. Ich bin dankbar, dass wir vor einer ganzen Weile immerhin einen Antrag durch den Stadtrat gebracht haben, dass für die Räume, in denen sich Kinder unter 12 Jahren befinden, mobile Luftreinigungsgeräte in Auftrag gegeben werden. Die Stadt München hat aber auch entschieden, für die anderen Räume nichts zu tun. Dies liegt nicht daran, dass wir dafür kein Geld geben, sondern das ist eine Entscheidung der Stadtregierung. Mich wundert es daher schon, dass Kollegin Schwamberger sagt: Ich soll das tun; ich soll in München Geräte anschaffen. Das ist ein eigenartiges Verständnis von Föderalismus. Das kann ich gar nicht tun.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

In München gibt es einen SPD-Oberbürgermeister und auch eine grüne Bürgermeisterin, und diese können, Frau Kollegin, eine Entscheidung darüber treffen und das dann auch durchsetzen; wir geben dann das Geld dafür. So ist es. Dann muss man dies auch tun, meine sehr verehrten Damen und Herren. Daher macht es wenig Sinn, immer zu versuchen, alles bei der Staatsregierung abzuladen. Wir haben agiert, und zwar als das zweite Bundesland. Ich kenne sonst nur noch Österreich, das etwas Ähnliches macht. Die anderen Länder machen das nicht.

Insgesamt heißt das, um es deutlich zu machen: Präsenzunterricht ist das eine, und das andere ist ein engmaschiges Sicherheitsnetz.

Abschließend will ich noch etwas sagen. Selbstverständlich – das sage ich seit Anfang des Schuljahrs; das war mir klar, und das war, glaube ich, allen hier klar – ist dies kein normales Schuljahr. Dies hat auch nie jemand von der Staatsregierung behauptet. Wir haben immer gesagt, dass wir ein Schuljahr mit so viel Normalität wie möglich wollen. Deshalb haben wir am Anfang auch vieles, was Schule so lebens- und liebenswert macht, wieder erlaubt: mehrtägige Studienfahrten, Singen, Sport, Theatervorstellungen und vieles mehr.

In einer Pandemie, die wir derzeit haben, und unter den jetzigen Bedingungen mit Hotspots in Bayern muss man sorgfältig Überlegungen anstellen. Das tun wir gemeinsam. Die Fraktionen und der Koalitionsausschuss wägen die einzelnen Maßnahmen sorgfältig ab und treffen eine Priorisierung, was zuerst eingeschränkt, was zuletzt eingeschränkt oder was vielleicht gar nicht eingeschränkt wird. Deshalb haben wir natürlich entschieden, die Normalität etwas zurückzufahren, und erlauben eben nicht mehr mehrtägige Schulfahrten. Wir sind beim Sportunterricht sehr, sehr vorsichtig, hier haben wir die Maske, obwohl dies sehr hart und anstrengend ist. Das Gleiche gilt auch für Theatervorstellungen und vieles mehr. Das ist ein sehr sorgfältiger Abwägungsprozess, in dem man über alles diskutieren kann. Ich bin aber der festen Auffassung, dass der Weg, den wir im Moment gehen, der richtige ist. Ich stimme mit vielem überein, was gesagt worden ist.

In der Verfassung steht ja, dass unsere Kinder das köstlichste Gut sind. In den letzten zwei Jahren haben sie vieles, auch aus Solidarität mit den Erwachsenen, erduldet. Deshalb steht es uns gut an, vieles wieder zurückzugeben, Schulen offen zu halten und als Erwachsene alles zu tun, damit Schulen offen bleiben.

Deshalb schließe ich mit zwei Appellen ab, die ich an dieser Stelle insbesondere auch an Erwachsene richte: sich und ihre Kinder testen zu lassen, nach Möglichkeit sehr,

sehr häufig, auch über das hinaus, was an den Schulen geschieht, Kontakte zu beschränken und sich als Erwachsene impfen zu lassen. Ich sage hier deutlich: Die Anstrengungen sind groß, aber die Quote, die wir in Bayern haben, ist zu niedrig. Deshalb: Jeder, der noch überzeugbar ist, sollte sich überzeugen. Wenn er es nicht für sich selber tut, auch nicht für die anderen Erwachsenen, dann sollte er es für die Kinder tun, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Staatsminister, bleiben Sie bitte am Mikrofon. Wir brauchen Sie noch. Zwei Zwischenbemerkungen – als Erste Frau Triebel, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte, Frau Triebel.

Gabriele Triebel (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Staatsminister Piazolo, Sie schauen ja sehr, sehr gern nach Baden-Württemberg zu unseren GRÜNEN rüber. Ich weiß nicht, wieso; es muss Sie aber faszinieren, was dort drüben passiert. Anscheinend ist Ihnen bei diesem Blick aber entgangen, dass zum Beispiel die Stadt Freiburg seit April fast alle ihre Schulen mit PCR-Pool-Testungen und auch die Kitas mit Pool-Testungen versorgt. Baden-Württemberg hat also sehr wohl Pool-Testungen, nur sind sie dort anders organisiert, nämlich nicht über das Kultusministerium, sondern über die Kommunen. Die Kommunen werden dort natürlich auch entsprechend finanziell unterstützt. Ihr Argument, dass in Baden-Württemberg keine Pool-Testungen stattfinden, zieht also einfach nicht mehr. Nehmen Sie das doch bitte zur Kenntnis.

Ich möchte eine Frage an Sie richten. Meine Kollegin Frau Schwamberger hat es in ihrer Rede gesagt, Frau Gottstein hat einen Ausgleich für Entgangenes gefordert.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Kommen Sie bitte zum Ende, Frau Kollegin.

Gabriele Triebel (GRÜNE): Wie wollen Sie diesen Ausgleich für die Schulen gestalten? Wie wollen Sie das darstellen?

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bitte schön, Herr Minister.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus): Gerne! Ich habe nur nach Baden-Württemberg geschaut, weil von der grünen Seite der Vorwurf hinsichtlich Pool-Tests kam. Mir wäre es aber neu – ich kenne Baden-Württemberg einigermaßen –, dass die Landesregierung in Freiburg sitzt. Die sitzt immer noch in Stuttgart.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Insofern ist das eine kommunale Initiative.

Mir geht es aber gar nicht um diese Kleinigkeiten. Die Frage war doch jetzt, ob die Weihnachtsferien vorgezogen werden sollen. Zunächst einmal geht es doch darum, den Präsenzunterricht sicherzustellen. Sie wissen doch auch, dass die Schere aufgrund des Distanzunterrichts auseinandergegangen ist. Wir haben jetzt doch das Programm "gemeinsam.Brücken.bauen". Wir wollen damit bestimmte Lücken schließen. Mehr oder vorgezogene Weihnachtsferien sind doch kontraproduktiv, insbesondere vor dem Hintergrund, dass wir mit den Tests an den Schulen Infektionen verhindern.

(Zuruf)

– Ist es das Ziel der GRÜNEN, die Weihnachtsferien jetzt zu machen und die Faschingsferien ausfallen zu lassen?

(Zuruf)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bitte keine Zwischenbemerkungen! – Nächste Zwischenbemerkung: Herr Matthias Fischbach, FDP-Fraktion. Bitte schön.

Matthias Fischbach (FDP): Sehr geehrter Herr Staatsminister, ich muss positiv festhalten, dass ich echt überrascht bin, dass wir an dieser Stelle eine so klare Übereinstimmung haben. Wenn Sie unserem Antrag nicht zustimmen sollten, obwohl Zustim-

mung nach diesen Ausführungen sinnvoll und richtig wäre, werde ich Sie diesbezüglich beim Wort nehmen.

Ich möchte Sie an dieser Stelle aber noch etwas zum Thema Luftreiniger fragen. Das Bundeskabinett hat mit den CSU-Ministern im Juli beschlossen, dass den Ländern 200 Millionen Euro für Luftreiniger bereitgestellt werden, davon 32 Millionen Euro nach dem Königsteiner Schlüssel für Bayern. Mich würde auch im Interesse der bayerischen Steuerzahler konkret interessieren, wie viel von diesen Geldern bereits abgerufen oder zumindest gebunden werden konnte.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus): Herr Fischbach, der Bund hat mehrere Programme. Wir haben schon seit Längerem ein Programm, das zum Ziel hat, insbesondere fest installierte Reinigungsanlagen zu fördern, deren Anschaffung und Einbau meist wesentlich mehr Zeit benötigt. Dann hat der Bund zusätzlich ein weiteres Programm für eine ganz bestimmte Zielgruppe aufgelegt. Meines Erachtens ist dieses Programm etwas komplizierter als das bayerische Programm. Dennoch ergeben beide Programme zusammen schon eine sehr erkleckliche Summe. Wir verfügen nicht automatisch über alle Zahlen. Da die Anträge bewilligt werden müssen, gibt es immer einen bestimmten Nachlauf. Wir gehen aber davon aus, dass mit diesen Programmen vielleicht 10 % der Klassenzimmer mit Anlagen, auch solchen, die von Fördervereinen gesponsert worden sind, ausgestattet sind.Aber das ist nur eine Schätzgröße. Da ich den neuesten Stand der Zahlen hier nicht vorliegen habe – die Zahlen, die ich genannt habe, sind von vor etwa einem Monat –, werde ich auf Ihre Frage gern entsprechend reagieren und Ihnen möglichst die tagesaktuellen Zahlen zukommen lassen. Es ist eben eine Bündelung.

Ich habe schon mit vielen Landräten und Kommunalvertretern darüber gesprochen. Das Agieren ist sehr unterschiedlich und orientiert sich nicht an Parteigrenzen. Ich erwähne das, weil Sie vorhin dazu etwas gesagt haben, Herr Kollege Waschler. Auch innerhalb der Parteifamilien wird es unterschiedlich gehandhabt, übrigens auch bei den FREIEN WÄHLERN. Die einen investieren stark in mobile Luftreiniger. Andere wollen

es nachhaltiger und deshalb Luftreiniger fest installieren; sie schaffen es dann vielleicht nicht bis zum Herbst. Wieder andere wollen nur lüften. Es ergibt sich also ein uneinheitliches Bild. Wir werden Ihnen die Zahlen liefern, damit Sie auch insoweit à jour sind.

Was die Ferienregelung anbetrifft, sind wir in die gleiche Richtung unterwegs.

Das gilt auch für den Präsenzunterricht. Dieser ist in unseren beiden Fraktionen oberste Maxime. Wenn die Zahlen sinken – wie sie es tun –, dann bin ich guter Hoffnung, dass wir den Präsenzunterricht durchhalten können. Aber: Wir lernen in einer solchen Pandemie, dass man die Dinge immer wieder neu bewerten muss. Wir haben wieder eine neue Variante und müssen abwarten, was sich insoweit tut.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke, Herr Staatsminister. – Die Aussprache ist damit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Wir werden die Anträge wieder trennen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/19278 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die SPD-Fraktion. Gegenstimmen! – Die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der AfD sowie der fraktionslose Abgeordnete Plenk. Stimmenthaltungen! – Die FDP-Fraktion. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion auf Drucksache 18/19279 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Fraktionen von SPD und FDP. Wer ist dagegen? – Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Wer enthält sich? – Die AfD-Fraktion und der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag ebenfalls abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/19298 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Die Fraktionen von CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FREIEN WÄHLERN, SPD und FDP. Stimmenthaltungen? – Der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 18/19280 und 18/19281 werden im Anschluss an die heutige Sitzung in den jeweils zuständigen federführenden Ausschuss verwiesen.